S 2 KA 188/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Vertragsarztangelegenheiten
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Vertragsärztliche Versorgung – ausgelagerte Praxisräume iSd § 24 Abs 5 Ärzte-ZV – räumliche Nähe zum Vertragsarztsitz – Zeitraum von maximal 30 Minuten
Leitsätze	Die räumliche Nähe von ausgelagerten Praxisräumen zum Vertragsarztsitz ist gewahrt, wenn der Vertragsarzt den Vertragsarztsitz innerhalb eines Zeitraums von maximal 30 Minuten aufsuchen kann.
Normenkette	Ärzte-ZV § 24 Abs 5; Ärzte-ZV § 24 Abs 1; Ärzte-ZV § 24 Abs 2; Ärzte-ZV § 24 Abs 3; SGB V § 82 Abs 1; SGB V § 95 Abs 1 S 5; SGB V § 98 Abs 2 Nr 13; GG Art 12 Abs 1 S 2; BMV-Ä § 1a Nr 20; BMV-Ä § 15a Abs 2 S 1; BMV-Ä § 15a Abs 3; BMV-Ä § 17 Abs 1 S 1; BMV-Ä § 17 Abs 1a S 5

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 KA 188/17
Datum	23.05.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 11 KA 50/18
Datum	11.03.2021

3. Instanz

Datum	06.04.2022

Â

Auf die Revision der KlÃ¤gerin wird das Urteil des Landessozialgerichts Nordrheinâ□□Westfalen vom 11.Â MÃ¤rz 2021 aufgehoben und die Sache zur

erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurÃ¼ckverwiesen.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Im Streit steht die Berechtigung zur Erbringung zytologischer Laborleistungen in ausgelagerten PraxisrÃ¤umen.

Â

2

Die KlÃ¤gerin ist eine Ã¼berÃ¶rtliche BerufsausÃ¼bungsgemeinschaft (Ã¼BAG) fÃ¼r Labormedizin-Pathologie-Zytologie. Sie betreibt ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) am Standort inÂ D und ein weiteres MVZ inÂ P. An beiden Standorten werden zytologische Laborleistungen fÃ¼r niedergelassene GynÃ¤kologen erbracht. Als interdisziplinÃ¤res Einsendelabor wird an weiteren Standorten Deutschlands ein vollstÃ¤ndiges labordiagnostisches Spektrum angeboten.

Â

3

Die KlÃ¤gerin zeigte im Juni 2017 der beklagten KassenÃ¤rztlichen Vereinigung (KÃV) an, in neuen RÃ¤umlichkeiten eine rein zytologisch tÃ¤tige PraxisstÃ¤tte ohne Patientenkontakt betreiben zu wollen. Vorhandene rÃ¤umliche KapazitÃ¤ten am Standort des MVZ inÂ P seien erschÃ¶pft. Sie legte den Entwurf eines Mietvertrags Ã¼ber BÃ¼roâ und LaborflÃ¤chen (ca 1000Â qm) in der RâStraÃeÂ 79 inÂ K vor. Die Beklagte teilte der KlÃ¤gerin mit Schreiben vom 11.7.2017 mit, dass vertragsÃ¤rztliche Leistungen nicht am neuen Standort inÂ K erbracht bzw abgerechnet werden kÃ¶nnten, weil sich der auszulagernde Praxisteil nicht mehr in rÃ¤umlicher NÃ¤he zum Standort des MVZ inÂ P befinde *(Â§Â 24 AbsÂ 5 der Zulassungsverordnung fÃ¼r VertragsÃ¤rzte âÂ ÃrzteâZV)*.

Â

4

Die hiergegen erhobene Klage war erfolgreich: Das SG hat auf Antrag der KlÃ¤gerin

festgestellt, dass sie die ausgelagerte PraxisstÃ¤tte am geplanten Standort inÂ K betreiben dÃ¼rfe, an der zusÃ¤tzlich zu den an den weiteren Standorten der KlÃ¤gerin erbrachten Leistungen sÃ¤mtliche zytologischen Leistungen sowie Humane Papillomviren (HPVâ□□)Untersuchungen und die Untersuchung von P16/KiÂ 67 sowieÂ L1, fÃ¼r die die KlÃ¤gerin eine Genehmigung besitze, erbracht und abgerechnet werden dÃ¼rften *(Urteil vom 23.5.2018)*. Im Berufungsverfahren hat die KlÃ¤gerin mitgeteilt, dass die geplante Anmietung nicht mehr mÃ¶glich sei. Sie beabsichtige nun, die ausgelagerten PraxisrÃ¤ume mit gleich groÃ□er FlÃ¤che an nahezu gleicher Stelle â□□Â in der zu Eigentum erworbenen Immobilie in der Râ□□StraÃ□eÂ 58Â â□□Â 62 in KÂ â□□ zu betreiben. Die Beklagte hat der KlÃ¤gerin daraufhin erneut mitgeteilt, dass auch an diesem Standort keine Leistungen erbracht und abgerechnet werden kÃ¶nnten.

Â

5

Das LSG hat auf die Berufung der Beklagten das Urteil des SG geÃ¤ndert und die Klage abgewiesen *(Urteil vom 11.3.2021)*: Es handele sich um eine zulÃ¤ssige Fortsetzungsfeststellungsklage gemÃ¤Ã□ Â§Â 131 AbsÂ 1 SatzÂ 3 SGG analog. Es bedÃ¼rfe keines Vorverfahrens hinsichtlich des erledigten Bescheides vom 11.7.2017. Der Rechtsstreit sei auch nicht zur Nachholung des Widerspruchsverfahrens auszusetzen. Das Feststellungsinteresse folge aus dem fortbestehenden Streit der Leistungserbringung in der Râ□□StraÃ□e inÂ K. Dass die Beklagte durch Verwaltungsakt gehandelt habe, ergebe sich aus dem vorangegangenen lÃ¤ngeren Meinungsbildungsprozess und stehe auch nicht der Ansicht der Beklagten entgegen, die ihr Schreiben als bloÃ□e Mitteilung einer Rechtsansicht ansehe. Die Klage sei aber unbegrÃ¼ndet, weil zytologische Laborleistungen nicht ohne Genehmigung der Beklagten in den geplanten PraxisrÃ¤umen als vertragsÃ¤rztliche Leistung erbracht und abgerechnet werden dÃ¼rften. Nach Â§Â 24 AbsÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV sei es zulÃ¤ssig, dass der Vertragsarzt spezielle Untersuchungs- und Behandlungsleistungen an weiteren Orten in rÃ¤umlicher NÃ¤he zum Vertragsarztsitz (ausgelagerte PraxisrÃ¤ume) erbringe. Im Gegensatz zur genehmigungspflichtigen Zweigpraxis *(nach Â§Â 24 AbsÂ 3 Ã□rzteâ□□ZV)* seien Ort und Zeitpunkt der Aufnahme der TÃ¤tigkeit gegenÃ¼ber der KÃ□V unverzÃ¼glich anzuzeigen. Unstreitig sei, dass die KlÃ¤gerin zytologische Laborleistungen ohne Sprechstunden in LaborrÃ¤umen erbringen wolle. Diesen fehle jedoch die notwendige rÃ¤umliche NÃ¤he zum Vertragsarztsitz. Mit einer Entfernung von 9Â km zwischen dem Vertragsarztsitz in P und der Râ□□StraÃ□eÂ 79 und einer Fahrtzeit mit dem privaten Kfz von 17Â Minuten in verkehrsschwachen und 19Â Minuten in verkehrsstarken Zeiten liege jedenfalls kein rÃ¤umlicher Nahbereich mehr vor *(Hinweis auf BSG Urteil vom 8.8.2018 â□□Â BÂ 6Â KA 24/17Â RÂ â□□ SozR 4â□□5540 Â§Â 25 NrÂ 2 RdNrÂ 17)*. Unter BerÃ¼cksichtigung der berufsrechtlichen VorgÃ¤ngerregelung von Â§Â 18 AbsÂ 2 SatzÂ 1 (Musterâ□□)Berufsordnung fÃ¼r die in Deutschland tÃ¤tigen Ã□rztinnen und Ã□rzte (MBOâ□□Ã□ aF) mÃ¼sse die ausgelagerte PraxisstÃ¤tte als eine einheitliche Praxis zum Vertragsarztsitz nach auÃ□en erkennbar sein. Die seinerzeitige Rechtsprechung habe ausgelagerte PraxisrÃ¤ume als eine organisatorische Einheit

mit der Hauptpraxis eingeordnet. Hingegen sei es nicht zweckmÃ¤Ãig, das Merkmal der rÃ¤umlichen NÃ¤he an Kriterien der ausgelaufenen sog Residenzpflicht des Arztes *(Â§Â 24 AbsÂ 2 SatzÂ 2 Ãrzteâ□□ZV idF bis 31.12.2011)* zu orientieren, nach der eine Fahrtzeit zwischen Vertragsarztsitz und Wohnort des Arztes von maximal 30Â Minuten genÃ¼gte *(Hinweis auf BSG Urteil vom 5.11.2003 â□□Â* BÂ 6Â KA 2/03Â R*Â â□□Â* SozR 4â□□5520 Â§Â 24 NrÂ 1 *RdNrÂ 21 =Â juris RdNrÂ 33)*. Die rÃ¤umliche NÃ¤he diene hier dazu, die Anwesenheit in der Sprechstunde am Vertragsarztsitz sicherzustellen. DafÃ¼r sei eine kÃ¼rzere Entfernung als zwischen Praxis und Wohnung des Arztes geboten. Die freie BerufsausÃ¼bung nach ArtÂ 12 AbsÂ 1 GG stehe dem nicht entgegen.

Â

6

Mit ihrer Revision wendet sich die KlÃ¤gerin gegen die Auslegung des Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ□□ZV. Danach habe das Berufungsgericht den MaÃstab zur Bestimmung der Entfernung von der ausgelagerten PraxisstÃ¤tte zum Vertragsarztsitz Ã¼berspannt. Da in den neuen PraxisrÃ¤umen allein zytologische Leistungen erbracht werden sollten, wÃ¤re zu jeder Zeit mindestens ein weiterer Vertragsarzt â□□Â auch zur Behandlung von NotfÃ¤llenÂ â□□ anwesend gewesen. Die Erreichbarkeit am Vertragsarztsitz sei in maximal 19Â Minuten mÃ¶glich gewesen, was deutlich unterhalb der Grenze von 30Â Minuten zur sog Residenzpflicht liege. Entscheidend sei aber, dass Patienten zu keiner Zeit in der ausgelagerten PraxisstÃ¤tte anwesend gewesen wÃ¤ren. Unerheblich sei, ob die Probe im Labor am Vertragsarztsitz oder in einem entfernteren Labor untersucht werde. Selbst ambulantes Operieren kÃ¶nne in ausgelagerten PraxisrÃ¤umen nach Â§Â 1a NrÂ 20 Bundesmantelvertragâ□□Ãrzte (BMVâ□□Ã) erfolgen, wo Patienten selbstverstÃ¤ndlich vor Ort sein mÃ¼ssten.

Â

7

Die KlÃ¤gerin beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Nordrheinâ□□Westfalen vom 11.Â MÃ¤rz 2021 aufzuheben und die Berufung der Beklagten zurÃ¼ckzuweisen.

Â

8

Die Beklagte beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

9

Sie hÃ¤lt das angefochtene Urteil des LSG fÃ¼r zutreffend.

Â

II

Â

10

Die zulÃ¤ssige Revision ist im Sinne der Aufhebung des Urteils des LSG und der ZurÃ¼ckverweisung an dieses Gericht begrÃ¼ndet *(*Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGG*)*. Der Senat kann nach den bisherigen Feststellungen des LSG nicht abschlieÃend beurteilen, ob die KlÃ¤gerin berechtigt war, in der RâStraÃe inÂ K eine ausgelagerte PraxisstÃ¤tte fÃ¼r die Erbringung und Abrechnung von zytologischen Laborleistungen zu betreiben.

Â

11

A.Â Verfahrensrechtliche Hindernisse stehen einer Sachentscheidung des Senats nicht entgegen.

Â

12

1.Â Es handelt sich um eine zulÃ¤ssige Feststellungsklage nach Â§Â 55 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGG. Entgegen der Rechtsansicht des LSG liegt keine Fortsetzungsfeststellungsklage nach Â§Â 131 AbsÂ 1 SatzÂ 3 SGG analog vor. Denn es fehlt an einem Verwaltungsakt, der sich erledigt hat *(vgl allgemein Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13.Â Aufl 2020, Â§Â 131 RdNrÂ 7a; zu Ausnahmen vgl RdNrÂ 7c)*. Weder mit dem Schreiben vom 11.7.2017 noch mit dem erneuten Schreiben der Beklagten im Berufungsverfahren sind anfechtbare Verwaltungsakte erlassen worden. Vielmehr handelt es sich um bloÃe RechtsauskÃ¼nfte, mit denen die Beklagte ihre Rechtsansicht zur geplanten Auslagerung von PraxisrÃ¤umen aus dem Vertragsarztsitz mitgeteilt hat.

Â

13

a)Â Die im Schreiben vom 11.7.2017 enthaltenen Informationen entfalten keine Regelungswirkung iS von Â§Â 31 SatzÂ 1 SGBÂ X. MaÃgeblich ist, ob aus Sicht des objektiven EmpfÃ¤ngerhorizonts *(*Â§Â§Â 133*,* 157 BGB*)* eine Einzelfallregelung auf dem Gebiet des Ã¶ffentlichen Rechts vorliegt, die auf unmittelbare AuÃenwirkung gerichtet ist. Der Regelungsgehalt des Verwaltungsakts muss klar und

unmissverstÃ¤ndlich formuliert sowie hinreichend bestimmt sein iS von Â§Â 33 SGBÂ X *(vgl BSG Urteil vom 15.5.2002 â□□Â* BÂ 6Â KA 25/01Â R*Â â□□* SozR 3â□□2500 Â§Â 85 NrÂ 46 *SÂ 384 mwN).* Weder der Ã¤uÃ□eren Form noch des Inhalts nach hat die Beklagte Anlass zur Annahme eines Bescheids bzw eines Form-Verwaltungsakts gegeben. Die Beklagte hat weder die TÃ¤tigkeit in den ausgelagerten PraxisrÃ¤umen untersagt noch die Abrechnung von konkreten Leistungen abgelehnt noch ansonsten eine ErklÃ¤rung zur Regelung eines Einzelfalles abgegeben. Sie hat lediglich ihre Rechtsposition zu der Anfrage der KlÃ¤gerin in der Planungsphase des Projekts zu erkennen gegeben, dass rechtliche Bedenken gegen die Einordnung als auszulagernde PraxisstÃ¤tte bestehen. Nichts anderes gilt fÃ¼r das weitere Schreiben, mit dem die Beklagte ihre Rechtsansicht untermauert hat.

Â

14

b)Â Die Beklagte hat mit ihren Schreiben auch keinen Verwaltungsakt iS von Â§Â 54 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG abgelehnt. Der Verwaltungsaktcharakter folgt entgegen der Ansicht des LSG nicht daraus, dass schon dem ersten Schreiben ein â□□lÃ¤ngerer Meinungsbildungsprozessâ□□ vorangegangen war. Â§Â 24 AbsÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV *(sÂ auch Â§Â 15a AbsÂ 2 BMVâ□□Ã□)* statuiert fÃ¼r ausgelagerte PraxisrÃ¤ume lediglich eine Anzeigepflicht und stellt diese frei von einer antragsgebundenen Genehmigung *(vgl BSG Urteil vom 13.5.2015 â□□Â* BÂ 6Â KA 23/14Â R*Â â□□ SozR 4â□□5520 Â§Â 32 NrÂ 5 RdNrÂ 24).* Die KÃ□V wird dadurch in die Lage versetzt, die Einhaltung der Anforderungen an ausgelagerte PraxisrÃ¤ume Ã¼berprÃ¼fen zu kÃ¶nnen *(vgl Gesetzentwurf VertragsarztrechtsÃ¤nderungsgesetz â□□Â VÃ□ndGÂ â□□ vom 30.8.2006, BTâ□□Drucks 16/2474 SÂ 30, zu NummerÂ 7, Â§Â 24).* Hier bestand keine Rechtspflicht der Beklagten, ein Verwaltungsverfahren von Amts wegen oder auf â□□Â fehlendenÂ â□□ Antrag durchzufÃ¼hren *(vgl* Â§Â§Â 8, 18 SGBÂ X*).* Die KlÃ¤gerin hat zu keinem Zeitpunkt die Bitte nach einem â□□Bescheidâ□□ geÃ¤uÃ□ert *(anders der Sachverhalt in BSG Urteil vom 8.8.2018 â□□Â* BÂ 6Â KA 24/17Â R*Â â□□ SozR 4â□□5540 Â§Â 25 NrÂ 2 RdNrÂ 11).* Daher musste die Beklagte ihre Rechtsansicht auch nicht in die Form eines Verwaltungsakts kleiden.

Â

15

2.Â Statthafte Klageart ist damit die Feststellungsklage nach Â§Â 55 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGG zur Feststellung des Bestehens bzw Nichtbestehens eines RechtsverhÃ¤ltnisses. Davon ist das SG zutreffend ausgegangen. Es geht um die Rechtsbeziehungen zwischen den Beteiligten, die sich aus der laufenden PraxistÃ¤tigkeit des MVZ am Vertragsarztsitz und den erweiterten PraxisrÃ¤umen fÃ¼r zytologische Laboruntersuchungen ergeben. HierÃ¼ber bestehen kontroverse Rechtsstandpunkte zwischen den Beteiligten. Das Feststellungsinteresse der KlÃ¤gerin liegt in der KlÃ¤rung dieser anhaltenden Meinungsverschiedenheit. Ohne

eine gerichtliche Entscheidung Ã¼ber die rechtmÃ¤Ã□igen Anforderungen an den Betrieb einer ausgelagerten PraxisstÃ¤tte bestÃ¼nde eine fortwÃ¤hrende Rechtsunsicherheit, wie das Schreiben der Beklagten auf die angezeigte PlanungsÃ¤nderung verdeutlicht hat. Die KlÃ¤gerin wÃ¼rde andernfalls das Risiko einer Untersagung ihrer TÃ¤tigkeit in den neuen RÃ¤umlichkeiten oder eine HonorarkÃ¼rzung auf sich nehmen. In der KlÃ¤rung dieser rechtlichen Unsicherheit ist das Interesse an baldiger Feststellung begrÃ¼ndet *(vgl allgemein Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13.Â Aufl 2020, Â§Â 55 RdNrÂ 18)*.

Â

16

a)Â Rechtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Beteiligten innerhalb eines bestehenden RechtsverhÃ¤ltnisses kÃ¶nnen geeigneter Gegenstand der Feststellungsklage nach Â§Â 55 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGG sein *(vgl Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13.Â Aufl 2020, Â§Â 55 RdNrÂ 5a)*. Im Grundsatz allerdings setzt auch die Feststellungsklage voraus, dass ein Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren stattgefunden hat, in dem ein Verwaltungsakt zum streitigen RechtsverhÃ¤ltnis beantragt wurde *(vgl BSG Urteil vom 4.11.2021 â□□Â BÂ 6Â KA 14/20Â RÂ â□□ juris RdNrÂ 25, zur VerÃ¶ffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen; BSG Urteil vom 19.2.2014 â□□Â BÂ 6Â KA 8/13Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 85 NrÂ 80 RdNrÂ 21 mwN; sÂ auch Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13.Â Aufl 2020, Â§Â 55 RdNrÂ 3b; zu Ausnahmen von diesem Grundsatz vgl zB BSG Urteil vom 9.10.1984 â□□Â 12Â RK 18/83Â â□□ BSGEÂ 57, 184, 186 =Â SozR 2200 Â§Â 385 NrÂ 10 SÂ 40 =Â juris RdNrÂ 15; BSG Urteil vom 22.5.1985 â□□Â 12Â RK 30/84Â â□□ BSGEÂ 58, 150, 153 =Â SozR 1500 Â§Â 55 NrÂ 27 SÂ 23Â f =Â juris RdNrÂ 13 mwN; vgl auch BVerwG Urteil vom 9.5.2001 â□□Â 3Â CÂ 2/01Â â□□ BVerwGE 114, 226, 227).*

Â

17

b)Â Der ZulÃ¤ssigkeit der Feststellungsklage steht nicht die fehlende DurchfÃ¼hrung eines Verwaltungsverfahrens entgegen, welches nach der zweimaligen negativen Rechtsauskunft der Beklagten mit hoher Wahrscheinlichkeit kein anderes Ergebnis gebracht hÃ¤tte. Die Feststellungsklage ermÃ¶glicht eine umfassende KlÃ¤rung des RechtsverhÃ¤ltnisses, wenn die Beklagte â□□Â wie hierÂ â□□ ihre ablehnende Haltung wiederholt zum Ausdruck gebracht hat und diese Problematik in einem einzigen Streitverfahren geklÃ¤rt werden kann. Die Feststellungsklage ist hier nicht subsidiÃ¤r. Denn der RÃ¼ckgriff auf die Feststellungsklage soll nur dann verhindert werden, wenn fÃ¼r die Rechtsverfolgung ein unmittelbareres, sachnÃ¤heres und wirksameres Verfahren zur VerfÃ¼gung steht. Als effektiver erweist sich die Feststellungsklage insbesondere dann, wenn sie mehrere potentielle andere Prozesse vermeiden hilft *(fÃ¼r Anfechtungsprozesse vgl zB BVerwG Urteil vom 24.6.2004 â□□Â 4Â C 11/03 Â â□□ BVerwGE 121, 152, 156 =Â juris RdNrÂ 18Â f)*. Das ist hier der Fall. Die

Feststellungsklage dient damit zugleich dem Gebot des effektiven Rechtsschutzes nach ArtÂ 19 AbsÂ 4 GG.

Â

18

c)Â Die Feststellungsklage ist auch ansonsten zulÃ¤ssig. Der KlÃ¤gerin fehlt nicht die Klagebefugnis. Diese ZulÃ¤ssigkeitsvoraussetzung der Feststellungsklage *(vgl Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13.Â Aufl 2020, Â§Â 55 RdNrÂ 3, 15d mwN)* ist erfÃ¼llt, wenn subjektive Rechte mÃ¶glicherweise verletzt sein kÃ¶nnen. Das wÃ¤re der Fall, wenn die KlÃ¤gerin berechtigt gewesen wÃ¤re, ausgelagerte PraxisrÃ¤ume am angezeigten Ort zu nutzen.

Â

19

B.Â Der Senat kann nicht abschlieÃ□end Ã¼ber die BegrÃ¼ndetheit der Feststellungsklage entscheiden. Das Begehren scheitert â□□Â entgegen der Ansicht des LSGÂ â□□ nicht von vornherein daran, dass es an der notwendigen rÃ¤umlichen NÃ¤he der ausgelagerten PraxisrÃ¤ume zum Vertragsarztsitz fehlt.

Â

20

1.Â Die AusÃ¼bung der vertragsÃ¤rztlichen TÃ¤tigkeit erfolgt am Vertragsarztsitz, dh am Ort der Niederlassung als Arzt oder am Ort der Niederlassung als MVZ *(* Â§Â 95 AbsÂ 1 SatzÂ 5 SGBÂ V *idF des GKV-VersorgungsstÃ¤rkungsgesetzes â□□Â GKV-VSGÂ â□□ vom 16.7.2015,* BGBlÂ I 1211*, vgl auch Â§Â 24 AbsÂ 1 Ã□rzteâ□□ZVÂ â□□ hier und im Folgenden idF des Terminservice- und Versorgungsgesetzes â□□Â TSVG vom 6.5.2019,* BGBlÂ I 646*)*. Als Ort der Ã¤rztlichen BerufsausÃ¼bung ist der Vertragsarztsitz zugleich BetriebsstÃ¤tte des Vertragsarztes bzw des MVZ *(vgl Â§Â 1a NrÂ 16, 17, 21 BMVâ□□Ã□ iVm* Â§Â 82 AbsÂ 1 SGBÂ V *idF des GKV-WettbewerbsstÃ¤rkungsgesetzes â□□Â GKVâ□□WSG vom 26.3.2007,* BGBlÂ I 378*).* Der Vertragsarztsitz wird durch die konkrete Praxisanschrift gekennzeichnet *(stRspr vgl nur BSG Urteil vom 13.5.2015 â□□Â* BÂ 6Â KA 25/14Â R*Â â□□* BSGE 119,Â 79 *=Â SozR 4â□□5520 Â§Â 19 NrÂ 3, RdNrÂ 34)*. Zur Arztpraxis kÃ¶nnen weitere RÃ¤umlichkeiten zÃ¤hlen, die sich an einem anderen Ort als unter der Praxisanschrift des Vertragsarztsitzes befinden. Nach Â§Â 98 AbsÂ 1 SatzÂ 1, AbsÂ 2 NrÂ 13 SGBÂ V *(idF des VertragsarztrechtsÃ¤nderungsgesetzes â□□Â VÃ□ndG vom 22.12.2006,* BGBlÂ I 3439*)* regeln Â§Â 24 AbsÂ 3 bisÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV die nÃ¤heren Voraussetzungen fÃ¼r die vertragsÃ¤rztliche TÃ¤tigkeit an weiteren Orten. Als weitere TÃ¤tigkeitsorte werden NebenbetriebsstÃ¤tten als Zweigpraxen nach Â§Â 24 AbsÂ 3 Ã□rzteâ□□ZV und ausgelagerte PraxisrÃ¤ume nach Â§Â 24 AbsÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV unterschieden *(sÂ dazu auch Â§Â 1a NrÂ 19, 20 und 22 und Â§Â 15a*

AbsÂ 1 bisÂ 3 BMVâ□□Ã□).

Â

21

2.Â Rechtsgrundlage der begehrten Feststellung ist Â§Â 24 AbsÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV. Diese Regelung konkretisiert die Vorgabe in Â§Â 98 AbsÂ 2 NrÂ 13 SGBÂ V, nach der die Zulassungsverordnungen auch Vorschriften zu den Voraussetzungen enthalten mÃ¼ssen, unter denen nach den GrundsÃ¤tzen der AusÃ¼bung eines freien Berufs die VertragsÃ¤rzte ihre vertragsÃ¤rztliche TÃ¤tigkeit an weiteren Orten als dem Ort ihrer Niederlassung als Arzt bzw des MVZ *(*Â§Â 95 AbsÂ 1 SatzÂ 5 SGBÂ V*)* ausÃ¼ben kÃ¶nnen *(vgl BSG Urteil vom 8.8.2018 â□□Â* BÂ 6Â KA 24/17Â R *Â â□□ SozR 4â□□5540 Â§Â 25 NrÂ 2 RdNrÂ 16)*. Nach Â§Â 24 AbsÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV darf ein Vertragsarzt spezielle Untersuchungs- und Behandlungsleistungen an weiteren Orten in rÃ¤umlicher NÃ¤he zum Vertragsarztsitz (ausgelagerte PraxisrÃ¤ume) erbringen, wenn er Ort und Zeitpunkt der Aufnahme der TÃ¤tigkeit seiner KÃ□V unverzÃ¼glich anzeigt. Â§Â 1a NrÂ 20 HalbsatzÂ 1 BMVâ□□Ã□ definiert die â□□ausgelagerte PraxisstÃ¤tteâ□□ â□□Â inhaltsgleichÂ â□□ unter Hinweis auf Â§Â 24 AbsÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV als einen zulÃ¤ssigen nicht genehmigungsbedÃ¼rftigen, aber anzeigepflichtigen TÃ¤tigkeitsort des Vertragsarztes, Vertragspsychotherapeuten oder eines MVZ. Als Beispiel fÃ¼r eine ausgelagerte PraxisstÃ¤tte wird dort ein Operationszentrum genannt, in dem ambulante Operationen bei Versicherten nach Aufsuchen des Vertragsarztes an seiner PraxisstÃ¤tte ausgefÃ¼hrt werden. Mithin mÃ¼ssen sich nach Â§Â 24 AbsÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV ausgelagerte PraxisrÃ¤ume in rÃ¤umlicher NÃ¤he zum Vertragsarztsitz befinden *(dazuÂ 3. undÂ 4.)*, in denen spezielle Untersuchungs- und Behandlungsleistungen erbracht werden *(dazuÂ 5.).*

Â

22

3.Â Die vom LSG festgestellte rÃ¤umliche und zeitliche Entfernung der auszulagernden PraxisrÃ¤ume in der Râ□□StraÃ□e inÂ K zum Sitz inÂ P war jedenfalls kein rechtliches Hindernis, das der Nutzung der RÃ¤ume als ausgelagerte PraxisrÃ¤ume entgegenstand. Der Senat folgt insoweit nicht der vom LSG getroffenen Auslegung, dass es am Merkmal der â□□rÃ¤umlichen NÃ¤he zum Vertragsarztsitzâ□□ fehlt bei einer Entfernung von 9Â km zwischen Vertragsarztsitz und ausgelagerten PraxisrÃ¤umen, fÃ¼r deren ZurÃ¼cklegung mit einem privaten Pkw auch in verkehrsstarken Zeiten deutlich unter 30Â Minuten benÃ¶tigt werden. Der Senat hÃ¤lt hingegen die zeitliche Grenze von maximal 30Â Minuten generell fÃ¼r ausreichend aber auch fÃ¼r erforderlich, innerhalb derer der Vertragsarzt am Vertragsarztsitz persÃ¶nlich erreichbar sein muss, wenn er in ausgelagerten PraxisrÃ¤umen vertragsÃ¤rztlich tÃ¤tig ist.

Â

23

a)Â Bislang hat der Senat auf der Rechtsgrundlage von Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ□□ZV entschieden, dass eine ca 2,5Â km entfernt liegende RÃ¤umlichkeit der Qualifizierung als ausgelagerte Praxis nicht entgegensteht *(vgl BSG Urteil vom 13.5.2015 â□□Â BÂ 6Â KA 23/14Â RÂ â□□ SozR 4â□□5520 Â§Â 32 NrÂ 5 RdNrÂ 3 und RdNrÂ 24)*. Der Senat hatte aber Zweifel geÃ¤uÃert, ob von der erforderlichen rÃ¤umlichen NÃ¤he noch auszugehen war, wenn zwischen den Orten mehr als nur wenige Kilometer Entfernung lagen, zum Beispiel, wenn zwischen einem als Laboreinrichtung ausgelagerten Raum und dem Vertragsarztsitz eine Distanz von ca 9Â bis 11Â km zurÃ¼ckzulegen war, ohne dass allerdings Feststellungen getroffen worden waren, welche Zeit benÃ¶tigt wurde, um diese Entfernung Ã¼blicherweise zurÃ¼ckzulegen *(vgl BSG Urteil vom 8.8.2018 â□□Â BÂ 6Â KA 24/17Â RÂ â□□ SozR 4â□□5540 Â§Â 25 NrÂ 2 RdNrÂ 17)*. Weitere MaÃstÃ¤be zur Auslegung des Merkmals der â□□rÃ¤umlichen NÃ¤he zum Vertragsarztsitzâ□□ in Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ□□ZV hat der Senat bislang nicht entwickelt. Hierbei handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der der vollen gerichtlichen Ãberprüfung unterliegt. Ein AbwÃ¤gungsprozess im Sinne der Gewichtung und Bewertung verschiedener kontrÃ¤rer Gesichtspunkte, aufgrund derer den KÃVen ein nur eingeschrÃ¤nkt Ã¼berprüfbarer Beurteilungsspielraum einzurÃ¤umen wÃ¤re, besteht daher nicht *(anders zum Beurteilungsspielraum bezogen auf die Frage der Versorgungverbesserung bei Genehmigung einer Zweigpraxis, vgl BSG Urteil vom 5.6.2013 â□□Â BÂ 6Â KA 29/12Â RÂ â□□ BSGE 113, 291 =Â SozR 4â□□5520 Â§Â 24 NrÂ 9, LSÂ 2).*

Â

24

b)Â In der Rechtsprechung der Instanzen und in der Literatur gehen die Ansichten Ã¼ber die rÃ¤umliche NÃ¤he von ausgelagerten PraxisrÃ¤umen zum Vertragsarztsitz weit auseinander:

Â

25

aa)Â Nach obergerichtlicher Rechtsprechung soll bei einer Entfernung von knapp 15Â km bis etwas mehr als 16Â km die â□□rÃ¤umliche NÃ¤heâ□□ iS von Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ□□ZV auf keinen Fall mehr gegeben sein, wenn diese Strecke allenfalls unter Idealbedingungen in 30Â Minuten zurÃ¼ckzulegen ist *(vgl SÃ¤chsisches LSG Beschluss vom 19.7.2021 â□□Â LÂ 1Â KA 10/19Â BÂ ERÂ â□□ juris RdNrÂ 28)*. Entfernungen von mehr als 30Â km bei einer Entfernung von 67,6Â km und einer Fahrzeit von 45Â Minuten seien auch in lÃ¤ndlichen Regionen insofern nicht mehr hinnehmbar *(vgl LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 9.12.2020 â□□Â LÂ 24Â KA 6/18Â â□□ juris RdNrÂ 18)*. Weniger die rÃ¤umliche Entfernung als das Ã¤uÃere Erscheinungsbild einer einheitlichen organisatorischen Praxis sollte fÃ¼r ausgelagerte PraxisstÃ¤tten maÃgeblich sein *(so VGH Baden-WÃ¼rttemberg*

Urteil vom 16.5.2000 â□□Â 9Â SÂ 1445/99Â â□□ MedR 2000, 439, 441 zu Â§Â§Â 17 AbsÂ 2, 18 AbsÂ 2 SatzÂ 1 MBO aF unter Hinweis auf OVG Nordrhein-Westfalen Urteil vom 2.12.1998 â□□Â 13Â A 4750/96Â â□□ DVBl 1999, 1056).

Â

26

bb)Â In Teilen der Literatur wird eine restriktive Auslegung der rÃ¤umlichen NÃ¤he gefordert, mit Entfernungen von nur wenigen Kilometern *(vgl Ladurner, Ã□rzteâ□□ZV/ZahnÃ¤rzteâ□□ZV, 2017, Â§Â 24 Ã□rzteâ□□ZV RdNrÂ 79, 81; BÃ¤une/Meschke/RothfuÃ□, Ã□rzteâ□□ZV, 2007, Â§Â 24 RdNrÂ 75; Pawlita in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÂ V, 4.Â Aufl 2020, Â§Â 95 RdNrÂ 656)*. Eine grÃ¶Ã□ere rÃ¤umliche Entfernung soll je nach Untersuchungs- und Behandlungsleistung mÃ¶glich sein *(vgl Gerlach in Krauskopf, SGBÂ V Â§Â 95 RdNrÂ 83, Stand Oktober 2016).* Ausreichend soll es sein, wenn eine zeitliche Erreichbarkeit des Vertragsarztsitzes regelmÃ¤Ã□ig innerhalb von caÂ 30Â Minuten hergestellt ist *(vgl Clemens in Schallen, Zulassungsverordnung, 9.Â Aufl 2018, Â§Â 24 Ã□rzteâ□□ZV RdNrÂ 13, FnÂ 6; so auch Kremer/Wittmann, VertragsÃ¤rztliche Zulassungsverfahren, 4.Â Aufl 2021, RdNrÂ 1408)*. Ã□hnlich wird als MaÃ□stab auf die Fahrtzeit unter BerÃ¼cksichtigung der UmstÃ¤nde des Einzelfalles abgestellt *(vgl Hannes in Hauck/Noftz, SGBÂ V, Â§Â 95 RdNrÂ 67, Stand 2021)*. SchlieÃ□lich soll nach weiterer Ansicht das Erfordernis der rÃ¤umlichen NÃ¤he vernachlÃ¤ssigt werden kÃ¶nnen, wenn in ausgelagerten PraxisstÃ¤tten Videosprechstunden mÃ¶glich seien *(so Braun, NZS 2021, 462,Â 466Â f; dies verneinend Hahn, SGb 2021, 680)*.

Â

27

4.Â Unter BerÃ¼cksichtigung des aufgezeigten Meinungsstandes erachtet der Senat die zeitliche Erreichbarkeit des Vertragsarztes am Vertragsarztsitz innerhalb eines bestimmten Zeitraums als generell geeigneten MaÃ□stab zur Konkretisierung der rÃ¤umlichen NÃ¤he von ausgelagerten PraxisrÃ¤umen. Daran gemessen muss die persÃ¶nliche Anwesenheit des Vertragsarztes regelmÃ¤Ã□ig spÃ¤testens innerhalb von 30Â Minuten am Vertragsarztsitz sichergestellt sein, wenn er andernorts in ausgelagerten PraxisrÃ¤umen tÃ¤tig ist. Im Interesse einer vorhersehbaren und mÃ¶glichst gleichmÃ¤Ã□igen Rechtsanwendung ermÃ¶glicht die Eingrenzung der rÃ¤umlichen NÃ¤he durch die Erreichbarkeit am Vertragsarztsitz nicht zuletzt die vereinfachte Ã□berprÃ¼fung dieser Anforderung durch die KÃ□V sowohl in dicht besiedelten stÃ¤dtischen Wohngebieten als auch in lÃ¤ndlich strukturierten Gebieten. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit den Regeln der Rechtsauslegung *(sÂ dazuÂ a bisÂ c)*. Der Senat kann an dieser Stelle offenlassen, ob die zeitliche Grenze von maximal 30Â Minuten Ã¼berschritten werden kann, wenn spezielle Untersuchungs- und Behandlungsleistungen ohne jeden persÃ¶nlichen Arzt-Patienten-Kontakt in den ausgelagerten PraxisrÃ¤umen erfolgen, denn das Zeitlimit ist hier deutlich unterschritten.

Â

28

Der Wortlaut von Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ□□ZV und von Â§Â 1a NrÂ 20 HalbsatzÂ 1 undÂ 2 BMVâ□□Ã□ definiert ausgelagerte PraxisrÃ¤ume, ohne Konkretisierungen zur rÃ¤umlichen NÃ¤he zum Vertragsarztsitz zu treffen. Wie eng die rÃ¤umliche NÃ¤he sein muss, erschlieÃt sich erst aus einer sinn- und zweckorientierten Auslegung der Vorschrift *(dazuÂ a)*. Die Gesetzesentwicklung der berufsrechtlichen VorlÃ¤uferregelung ist unergiebig *(dazuÂ b).* Die systematische Auslegung im Regelungszusammenhang zur Zweigpraxis ermÃ¶glicht zwar Abgrenzungen, schafft aber keine Klarheit zum rÃ¤umlichen Nahbereich des Vertragsarztsitzes *(dazuÂ c)*. Verfassungsrecht steht dieser Auslegung nicht entgegen *(dazuÂ d)*.

Â

29

a)Â Der wesentliche Sinn und Zweck des Erfordernisses der rÃ¤umlichen NÃ¤he zum Vertragsarztsitz liegt in der persÃ¶nlichen Erreichbarkeit des Vertragsarztes.

Â

30

aa)Â Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ□□ZV ermÃ¶glicht es, spezielle Untersuchungs- oder Behandlungsleistungen, die aus technischen, baulichen oder organisatorischen GrÃ¼nden in der Praxis am Vertragsarztsitz nicht erbracht werden, an einem anderen Ort auÃerhalb der Vertragsarztpraxis durchzufÃ¼hren. Beispiele hierfÃ¼r sind die Auslagerung von medizinisch-technischen Spezial- oder GroÃgerÃ¤ten (zB Kernspintomographen, MRT-GerÃ¤te), das ambulante Operieren in einem Operationszentrum *(s Â§Â 1a NrÂ 20 BMVâ□□Ã□)*, die Untersuchung und Beprobung von Material in Laboreinrichtungen. Das Erfordernis der rÃ¤umlichen NÃ¤he stellt sicher, dass die PrÃ¤senz des Vertragsarztes am Ort des Vertragsarztsitzes trotz TÃ¤tigkeit in ausgelagerten PraxisrÃ¤umen gewÃ¤hrleistet ist. Der Vertragsarzt muss in einem angemessenen Zeitraum fÃ¼r Versicherte in der Vertragsarztpraxis persÃ¶nlich erreichbar sein *(vgl BÃ¤une/Meschke/RothfuÃ, Ãrzteâ□□ZV, 2007, Â§Â 24 RdNrÂ 75)*. Dies gilt insbesondere auch bei NotfÃ¤llen *(vgl Kremer/Wittmann, VertragsÃ¤rztliches Zulassungsverfahren, 4.Â Aufl 2021, RdNrÂ 1408; Engelmann, MedR 2002, 561, 565)*. Der Zeitraum von 30Â Minuten entspricht auch jener Grenze, die der Senat typischerweise fÃ¼r die Erreichbarkeit des Vertragsarztes als Belegarzt zur Sicherstellung der erforderlichen NÃ¤he zwischen Wohnung und Praxis und Krankenhaus nach Â§Â 39 AbsÂ 5 NrÂ 3 iVm Â§Â 40 AbsÂ 1 BMVâ□□Ã□ festgelegt hat. Die Belegarztanerkennung setzt ua voraus, dass der Praxissitz des Vertragsarztes in â□□rÃ¤umlicher NÃ¤heâ□□ der Belegabteilung des Krankenhauses liegt *(vgl BSG Urteil vom 17.3.2021 â□□Â* BÂ 6Â KA 6/20Â R*Â â□□ SozR 4â□□5540 Â§Â 39 NrÂ 1 RdNrÂ 30Â ff).* Auch wenn die Residenzpflicht in Â§Â 24 AbsÂ 2 Ãrzteâ□□ZV aF zum 1.1.2012

abgeschafft wurde *(durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz â□□Â GKVâ□□VStG vom 22.12.2011,* BGBlÂ I 2983*; anders fÃ¼r BelegÃ¤rzte vgl BSG Urteil vom 17.3.2021 â□□Â* BÂ 6Â KA 6/20Â R*Â â□□ SozR 4â□□5540 Â§Â 39 NrÂ 1 RdNrÂ 15Â f)*, ist der dahinterstehende Zweck nicht obsolet geworden, die persÃ¶nliche Beratungs- und BehandlungstÃ¤tigkeit des Arztes in seiner Praxis kontinuierlich sicherzustellen *(vgl dazu bereits BSG Urteil vom 5.11.2003 â□□Â* BÂ 6Â KA 2/03Â R *Â â□□* SozR 4â□□5520 Â§Â 24 NrÂ 1 *RdNrÂ 32; vgl auch Clemens in Schallen, Zulassungsverordnung, 9.Â Aufl 2018, Â§Â 24 Ã□rzteâ□□ZV RdNrÂ 40).* Dadurch wird sowohl die PrÃ¤senzpflicht am Vertragsarztsitz *(vgl Â§Â 24 AbsÂ 1 und AbsÂ 2 Ã□rzteâ□□ZV, Â§Â 1a NrÂ 26, Â§Â 17 BMVâ□□Ã□)*, als auch die gebotene persÃ¶nliche Leistungserbringung als Pflicht zur Ã□bernahme der Behandlung nach dem Sachleistungsprinzip der GKV und der daraus resultierenden Pflicht zum Abhalten der Sprechstunden am Vertragsarztsitz Rechnung getragen *(vgl Â§Â 1a NrÂ 24, Â§Â 15 AbsÂ 1, Â§Â 17 BMVâ□□Ã□, Â§Â 32 AbsÂ 1 SatzÂ 2 Ã□rzteâ□□ZV,* Â§Â 15 AbsÂ 1, Â§Â 28 AbsÂ 1 SatzÂ 1 *undÂ 2 SGBÂ V).* Dies sind wesentliche Pflichten des Vertragsarztes.

Â

31

bb)Â Als eine AusprÃ¤gung der PrÃ¤senzpflicht bestimmt Â§Â 24 AbsÂ 2 Ã□rzteâ□□ZV *(sÂ Â§Â 17 AbsÂ 1 undÂ 1a BMVâ□□Ã□)*, dass der Vertragsarzt am Vertragsarztsitz seine Sprechstunde halten muss, mithin persÃ¶nlich in den Sprechstunden zur VerfÃ¼gung stehen muss *(vgl auch BSG Urteil vom 17.3.2021 â□□Â* BÂ 6Â KA 6/20Â R*Â â□□ SozR 4â□□5540 Â§Â 39 NrÂ 1 RdNrÂ 19; zuvor schon BSG Urteil vom 30.11.2016 â□□Â* BÂ 6Â KA 38/15Â R*Â â□□* BSGE 122, 112 *=Â SozR 4â□□2500 Â§Â 75 NrÂ 18, RdNrÂ 24Â f)*. Ob daraus generell zu schlieÃ□en ist, dass in ausgelagerten PraxisrÃ¤umen keine Sprechstunden abgehalten werden dÃ¼rfen *(so Gesetzentwurf VÃ□ndG vom 30.8.2006, BTâ□□Drucks 16/2474 SÂ 29 zu NummerÂ 7, Â§Â 24, zu BuchstÂ a; zustimmend Ladurner, Ã□rzteâ□□ZV/ZahnÃ¤rzteâ□□ZV, 2017, Â§Â 24 Ã□rzteâ□□ZV RdNrÂ 78; Kremer/Wittmann, VertragsÃ¤rztliches Zulassungsverfahren, 4.Â Aufl 2021, RdNrÂ 1407; Gerlach in Krauskopf, SGBÂ V, Â§Â 95 RdNrÂ 83, Stand Oktober 2016),* kann hier â□□Â bei rein zytologischen Laborleistungen ohne Arzt-Patienten-Kontakt in ausgelagerten PraxisrÃ¤umenÂ â□□ dahinstehen. Versicherte mÃ¼ssen jedenfalls vor Inanspruchnahme der ausgelagerten PraxisrÃ¤ume den Vertragsarzt an seinem Vertragsarztsitz in Anspruch genommen haben *(vgl Â§Â 1a NrÂ 20 BMVâ□□Ã□)*.

Â

32

cc)Â In allen FÃ¤llen der AusÃ¼bung vertragsÃ¤rztlicher TÃ¤tigkeit an einem weiteren oder mehreren TÃ¤tigkeitsorten auÃ□erhalb des Vertragsarztsitzes gilt nach Â§Â 17 AbsÂ 1a SatzÂ 5 BMVâ□□Ã□, dass die TÃ¤tigkeit am Vertragsarztsitz alle TÃ¤tigkeiten auÃ□erhalb des Vertragsarztsitzes zeitlich insgesamt

Ã¼berwiegen muss. Regelungen zur Verteilung der TÃ¤tigkeit zwischen dem Vertragsarztsitz und weiteren Orten sowie zu Mindest- und HÃ¶chstzeiten gelten bei MVZ nicht fÃ¼r den einzelnen im MVZ tÃ¤tigen Arzt *(sÂ Â§Â 24 AbsÂ 3 SatzÂ 5 Ãrzteâ□□ZV)*. FÃ¼r MVZ gilt, dass die angegebenen Mindestzeiten fÃ¼r den Versorgungsauftrag des MVZ insgesamt unabhÃ¤ngig von der Zahl der beschÃ¤ftigten Ãrzte anzuwenden sind. Der Verordnungsgeber wollte die Vorgaben fÃ¼r Mindest-und HÃ¶chstzeiten vertragsÃ¤rztlicher TÃ¤tigkeit am Vertragsarztsitz und in der Zweigpraxis nicht auf den Einzelnen in einem MVZ tÃ¤tigen Arzt sondern ausschlieÃlich auf den Versorgungsauftrag des MVZ beziehen *(vgl Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses fÃ¼r Gesundheit, 14.Â Ausschuss vom 30.11.2011, BTâ□□Drucks 17/8005, SÂ 134 zu ArtÂ 9 NrÂ 8 BuchstÂ b).*

Â

33

dd)Â Gesichtspunkte der Bedarfsplanung stehen der zweckorientierten Betrachtung nicht entgegen. Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ□□ZV knÃ¼pft nicht an solche Kriterien an, wenngleich Vorgaben des Planungsbereichs und der Bedarfsplanung durch die Auslagerung von PraxisrÃ¤umen nicht unterlaufen werden dÃ¼rfen. Der Verordnungsgeber hat keinen Anlass gesehen, insofern EinschrÃ¤nkungen zu normieren. Im Grundsatz kÃ¶nnen ausgelagerte PraxisrÃ¤ume daher auch auÃerhalb des Planungsbereiches in Anspruch genommen werden, in dem sich der Vertragsarztpraxissitz befindet *(vgl BÃ¤une/Meschke/RothfuÃ, Ãrzteâ□□ZV, 2007, Â§Â 24 RdNrÂ 76; Ladurner, Ãrzteâ□□ZV/ZahnÃ¤rzteâ□□ZV, 2017, Â§Â 24 Ãrzteâ□□ZV RdNrÂ 88Â f; Rademacker in KassKomm, SGBÂ V, Â§Â 95 RdNrÂ 45, Stand August 2019; aA Kremer/Wittmann, VertragsÃ¤rztliche Zulassungsverfahren, 4.Â Aufl 2021, RdNrÂ 1409; Pawlita in Schlegel/Voelzke, jurisPKâ□□SGBÂ V, 4.Â Aufl 2020, Â§Â 95 RdNrÂ 662)*. Auch bei der Genehmigung einer Zweigpraxis hat der Senat Gesichtspunkte der Bedarfsplanung im Sinne der Bedarfsplanungsâ□□Richtlinie nicht einflieÃen lassen *(vgl BSG Urteil vom 16.12.2015 â□□Â BÂ 6Â KA 37/14Â RÂ â□□ SozR 4â□□5520 Â§Â 24 NrÂ 12 RdNrÂ 19, 23).*

Â

34

b)Â Die vom LSG herangezogene Gesetzesentwicklung zur berufsrechtlichen VorlÃ¤uferregelung von Â§Â 18 AbsÂ 2 der (Musterâ□□)Berufsordnung (MBO) fÃ¼r die deutschen Ãrztinnen und Ãrzte (bis Mai 2003 â□□Â aF) stellt das unter b) gewonnene Ergebnis nicht in Frage.

Â

35

aa) Diese Ã¼berholte Vorschrift gestattete dem Arzt in rÃ¤umlicher NÃ¤he zum Ort seiner Niederlassung Untersuchungsâ□□ und BehandlungsrÃ¤ume ausschlieÃ□lich fÃ¼r spezielle Untersuchungs- oder Behandlungszwecke (zB Operationen, medizinisch-technische Leistungen) betreiben zu dÃ¼rfen, in denen Patienten nach Aufsuchen der Praxis versorgt wurden *(sog ausgelagerte PraxisrÃ¤ume; zur Entwicklung vgl Engelmann, GesR 2004, 113, 115)*. Der zum 1.1.2007 eingefÃ¼hrte Â§Â 24 AbsÂ 5 Ã□rzteâ□□ZV *(durch VÃ□ndG vom 22.12.2006)* lehnt sich deutlich an diese VorlÃ¤uferregelung an und bestimmt, dass ein Vertragsarzt, der spezielle Untersuchungs- und Behandlungsleistungen an weiteren Orten in rÃ¤umlicher NÃ¤he zum Vertragsarztsitz (ausgelagerte PraxisrÃ¤ume) erbringt, Ort und Zeitpunkt der Aufnahme der TÃ¤tigkeit seiner KÃ□V unverzÃ¼glich anzuzeigen hat. Die ausgelaufene berufsrechtliche Regelung wurde durch Â§Â 17 AbsÂ 2 MBO endgÃ¼ltig ersetzt und regelt nur noch, dass es Ã□rztinnen und Ã□rzten gestattet ist, Ã¼ber den Praxissitz hinaus an zwei weiteren Orten Ã¤rztlich tÃ¤tig zu sein *(so auch die Fassung des Beschlusses des 124.Â Deutschen Ã□rztetages vom 5.5.2021, Berlin)*.

Â

36

bb)Â An der noch zur alten berufsrechtlichen Regelung getroffenen Auslegung *(zu Â§Â 18 AbsÂ 2 MBO vgl VGH Baden-WÃ¼rttemberg Urteil vom 16.5.2000 â□□Â* 9Â S 1445/99*Â â□□* MedR 2000, 439*; OVG Nordrhein-Westfalen Urteil vom 2.12.1998 â□□Â* 13Â A 4750/96*Â â□□* DVBl 1999, 1056*; dem noch folgend BSG Urteil vom 12.9.2001 â□□Â* BÂ 6Â KA 64/00Â R*Â â□□* SozR 3â□□2500 Â§Â 135 NrÂ 20 *RdNrÂ 21)* hÃ¤lt der Senat nicht mehr fest. Seinerzeit wurde zur Konkretisierung von ausgelagerten PraxisrÃ¤umen maÃ□geblich darauf abgestellt, dass in den â□□Augen des Publikumsâ□□ eine organisatorisch einheitliche Praxis bestand *(vgl VGH Baden-WÃ¼rttemberg, aaO, 440)*. Ausgelagerte PraxisrÃ¤ume sind heute aber nicht mehr in erster Linie aus der â□□AuÃ□enansichtâ□□ von Patienten zu beurteilen. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich neue Organisationsstrukturen durch den Einsatz digitaler Techniken auch in Arztpraxen vollzogen, die eine engere organisatorische NÃ¤he trotz rÃ¤umlicher Entfernung ermÃ¶glichen. Doch schon seinerzeit hatte der Senat darauf hingewiesen, dass der ausgelagerte Betrieb eines Herzkatheter-Messplatzes durch einen Kardiologen in grÃ¶Ã□erer rÃ¤umlicher Entfernung von seiner Praxis jedenfalls berufsrechtlich nicht zu beanstanden war *(vgl BSG Urteil vom 12.9.2001 â□□Â* BÂ 6Â KA 64/00Â R*Â â□□* SozR 3â□□2500 Â§Â 135 NrÂ 20 *RdNrÂ 21)*. FÃ¼r den hier relevanten Bereich der Auslagerung von ausschlieÃ□lich zytologischen labortechnischen Untersuchungsleistungen ist es fÃ¼r das Ã¤uÃ□ere Erscheinungsbild eines MVZ mit einer gynÃ¤kologischen Vertragsarztpraxis fÃ¼r Versicherte von keiner weiteren Relevanz, wo sich der Ort der Untersuchung des entnommenen Materials befindet.

Â

37

c)Â Der vom LSG im systematischen Regelungszusammenhang gezogene Vergleich zur Zweigpraxis nach Â§Â 24 AbsÂ 3 Ãrzteâ□□ZV fÃ¼hrt hier zu keinem anderen Ergebnis.

Â

38

aa)Â Die Unterschiede zwischen beiden Organisationsformen sind zwar seit der Novellierung des Berufsrechts ab 2003 und mehrmaliger Ãnderung von Â§Â 24 Ãrzteâ□□ZV *(seit dem VÃndG vom 22.12.2006)* geringer geworden, bestehen aber gleichwohl noch *(zur Entwicklung vgl BSG Urteil vom 13.5.2015 â□□Â* BÂ 6Â KA 23/14Â R*Â â□□ SozR 4â□□5520 Â§Â 32 NrÂ 5 RdNrÂ 21Â ff, 23; Wenner, Vertragsarztrecht nach der Gesundheitsreform, 2008, Â§Â 20 RdNrÂ 21Â ff; Clemens in Schallen, Zulassungsverordnung, 9.Â Aufl 2018, Â§Â 24 Ãrzteâ□□ZV RdNrÂ 13; BÃ¤une/Meschke/RothfuÃ, Ãrzteâ□□ZV, 2007, Â§Â 24 RdNrÂ 72Â ff; dazu auch untenÂ d)*. In verfahrensrechtlicher Hinsicht sind ausgelagerte PraxisrÃ¤ume â□□Â auch fÃ¼r MVZÂ â□□ gegenÃ¼ber der KÃV lediglich anzuzeigen *(vgl auch Â§Â 1a NrÂ 20 HalbsatzÂ 1, Â§Â 15a AbsÂ 2 SatzÂ 1, AbsÂ 3 BMVâ□□Ã).* Der Betrieb einer Zweigpraxis unterliegt hingegen nach Â§Â 24 AbsÂ 3 Ãrzteâ□□ZV je nach Lage des Vertragsarztsitzes entweder der Genehmigungspflicht im Bezirk derselben KÃV bzw der ErmÃ¤chtigung des Zulassungsausschusses im Bezirk einer anderen KÃV *(sÂ Â§Â 24 AbsÂ 3 SatzÂ 5 undÂ 6 Ãrzteâ□□ZV iVm Â§Â 1a NrÂ 19 BMVâ□□Ã).*

Â

39

bb)Â FÃ¼r die Genehmigung von Zweigpraxen kommt es in materieller Hinsicht auf die Versorgungsverbesserung der Versicherten an *(vgl Â§Â 24 AbsÂ 3 SatzÂ 1 NrÂ 1 und NrÂ 2 Ãrzteâ□□ZV; vgl auch Wollersheim, GesR 2008, 281)*. Auf der Grundlage von Â§Â 24 AbsÂ 3 Ãrzteâ□□ZV *(idF des GKVâ□□VStG vom 22.11.2011,* BGBlÂ I 2983*, 3017)* hat der Senat dazu entschieden, dass eine qualitative Versorgungverbesserung vorlag, wenn Versicherte benÃ¶tigte MRT-Leistungen in einer Zweigpraxis vor Ort abrufen konnten, die bisher nur in einer Entfernung von 15Â km â□□Â oder im eigenen KVâ□□Bezirk von 40Â kmÂ â□□ zur VerfÃ¼gung standen *(vgl BSG Urteil vom 16.12.2015 â□□Â* BÂ 6Â KA 37/14Â R*Â â□□ SozR 4â□□5520 Â§Â 24 NrÂ 12 RdNrÂ 21)*. In diesem Zusammenhang hat der Senat aber ausdrÃ¼cklich offengelassen, inwieweit es auf rÃ¤umliche Bezugspunkte fÃ¼r eine Verbesserung der Versorgung nach Â§Â 24 AbsÂ 3 SatzÂ 1 NrÂ 1 Ãrzteâ□□ZV ankam *(BSG aaO RdNrÂ 26)*. FÃ¼r die Versorgungsverbesserung am Ort der Zweigpraxis hat der Senat der Entfernung zum Stammsitz in Verbindung mit der zeitlichen EinschrÃ¤nkung der TÃ¤tigkeit bei einer kieferorthopÃ¤dischen Behandlung zwar Bedeutung beigemessen; eine kurze Anwesenheit an nur zwei Tagen wÃ¶chentlich in der Zweigpraxis schloss zwar per se eine qualitative Verbesserung ebenso wenig aus wie eine groÃe Entfernung zwischen Zweigpraxis und Stammsitz *(vgl auch BSG Urteil vom 9.2.2011 â□□Â* BÂ 6Â KA 3/10Â R*Â â□□*

BSGE 107, 230 =Â *SozR 4â□□5525 Â§Â 24 NrÂ 2, RdNrÂ 27)*. Solche Ã□berlegungen sind bei der gesetzlichen PrÃ¤zisierung der Versorgungsverbesserung fÃ¼r Versicherte iS von Â§Â 24 AbsÂ 3 SatzÂ 1 Ã□rzteâ□□ZV *(idF des GKVâ□□VStG vom 22.12.2011)* aufgenommen worden, weil bei Entscheidungen Ã¼ber die Genehmigung einer Zweigpraxis nicht schematisch auf die Entfernung zwischen dem Vertragsarztsitz und der Zweigpraxis oder auf die erforderliche Fahrtzeit abgestellt werden sollte. Vielmehr wurden die beiden Voraussetzungen fÃ¼r die Genehmigung einer Zweigpraxis â□□Â Versorgungsverbesserung am neuen TÃ¤tigkeitsort bzw GewÃ¤hrleistung der VersorgungsprÃ¤senz am VertragsarztsitzÂ â□□ in einem gegenseitigen AbhÃ¤ngigkeitsverhÃ¤ltnis gesehen. Die Frage, ob die Versorgung am Vertragsarztsitz gewÃ¤hrleistet war, lieÃ□ sich regelmÃ¤Ã□ig erst dann beurteilen, wenn feststand, mit welchem zeitlichen Einsatz die Versorgung an dem weiteren TÃ¤tigkeitsort verbessert werden sollte *(vgl Gesetzentwurf GKVâ□□VStG vom 5.9.2011, BTâ□□Drucks 17/6906 SÂ 105 zu BuchstÂ b)*. Solche Gesichtspunkte lassen sich entgegen der Ansicht des LSG nicht gleichsam auf die genehmigungsfreie Auslagerung von PraxisrÃ¤umen Ã¼bertragen.

Â

40

cc)Â Ein deutliches Unterscheidungskriterium zu Zweigpraxen liegt darin, dass in ausgelagerten PraxisrÃ¤umen nur spezielle, dh keine allgemeinen Untersuchungs- und Behandlungsleistungen erbracht werden dÃ¼rfen. Das bedeutet aber nicht mehr, dass in ausgelagerten PraxisstÃ¤tten keine Leistungen erbracht werden dÃ¼rfen, die auch in der Hauptpraxis erbracht werden *(vgl dazu BSG Urteil vom 13.5.2015 â□□Â* BÂ 6Â KA 23/14Â R*Â â□□ SozR 4â□□5520 Â§Â 32 NrÂ 5 LSÂ 2, RdNrÂ 22Â f, anders noch die aufgegebene Rspr in BSG Urteil vom 12.9.2001 â□□Â* BÂ 6Â KA 64/00Â R*Â â□□* SozR 3â□□2500 Â§Â 135 NrÂ 20*, vgl dazu noch untenÂ 5.)*.

Â

41

d)Â Verfassungsrecht steht der einfachrechtlichen Auslegung nicht entgegen. Das Grundrecht auf BerufsausÃ¼bung darf nach ArtÂ 12 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GG durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes beschrÃ¤nkt werden. Solche BeschrÃ¤nkungen sind zwar nicht unbegrenzt zulÃ¤ssig; insbesondere dÃ¼rfen Eingriffe nicht unverhÃ¤ltnismÃ¤Ã□ig schwer wiegen. Diese Grenzen sind im Falle von Regelungen nur der BerufsausÃ¼bung unter leichteren Voraussetzungen eingehalten als bei Regelungen der Berufswahl *(stRspr vgl nur BSG Urteil vom 13.5.2020 â□□Â* BÂ 6Â KA 24/18Â R*Â â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 106d NrÂ 9 RdNrÂ 27 mwN; vgl auch BSG Beschluss vom 9.2.2011 â□□Â* BÂ 6Â KA 44/10Â B*Â â□□ juris RdNrÂ 18)*. Es ist nicht ersichtlich, dass die aufgezeigten Anforderungen an die vertragsÃ¤rztliche TÃ¤tigkeit in ausgelagerten PraxisstÃ¤tten einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Ã¤rztliche BerufsausÃ¼bung darstellen kÃ¶nnten.

Die Dispositionsfreiheit Ã¼ber die rÃ¤umlichen und sÃ¤chlichen Mittel der Vertragsarztpraxis wird dadurch nicht unverhÃ¤ltnismÃ¤Ãig eingeschrÃ¤nkt.

Â

42

5.Â Revisionsrechtlich beanstandungsfrei ist das LSG davon ausgegangen, dass zytologische Laborleistungen spezielle Untersuchungs- und Behandlungsleistungen iS von Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ ZV sein kÃ¶nnen, die in ausgelagerten PraxisrÃ¤umen generell erbracht werden dÃ¼rfen *(sÂ dazu bereits oben 4.Â c)Â cc), vgl BSG Urteile vom 12.9.2001 â Â* BÂ 6Â KA 64/00Â R*Â â* SozR 3â 2500 Â§Â 135 NrÂ 20 *und vom 13.5.2015 â Â* BÂ 6Â KA 23/14Â R*Â â SozR 4â 5520 Â§Â 32 NrÂ 5)*. NÃ¤here tatsÃ¤chliche Feststellungen liegen bislang nicht vor, da sich das LSG â Â ausgehend von seiner Rechtsansicht konsequentÂ â allein auf das Merkmal der rÃ¤umlichen NÃ¤he zum Vertragsarztsitz konzentriert hat. Im wieder erÃ¶ffneten Berufungsverfahren wird das LSG aufzuklÃ¤ren und zu prÃ¼fen haben, ob die angezeigte PraxisstÃ¤tte mit einer FlÃ¤che von ca 1000Â qm fÃ¼r Laboruntersuchungen nebst BÃ¼roflÃ¤che nach den aufgezeigten MaÃstÃ¤ben die Funktion von ausgelagerten PraxisrÃ¤umen erfÃ¼llt. Bislang ist nicht hinreichend aufgeklÃ¤rt, ob und welche allgemeinen Behandlungs- und Untersuchungsleistungen in dem am Standort inÂ P betriebenen MVZ erbracht werden und in welchem Umfang sie als zytologische Laborleistungen in die neuen RÃ¤umlichkeiten ausgelagert werden sollen.

Â

43

Nach Auffassung des Senats ist der Begriff der speziellen Untersuchungs- und Behandlungsleistungen nicht allein auf das von der jeweiligen Arztgruppe erbrachte gesamte Leistungsspektrum zu beziehen, sondern auf die vom einzelnen Arzt bzw vom MVZ an der HauptbetriebsstÃ¤tte erbrachten Leistungen. Am Sitz der Praxis bzw des MVZ und in der ausgelagerten PraxisstÃ¤tte dÃ¼rfen nicht im Wesentlichen die gleichen Leistungen erbracht werden. Soweit dort das gesamte Behandlungsâ und Leistungsspektrum in nahezu gleicher QualitÃ¤t wie am Sitz der Praxis bzw des MVZ angeboten wird, handelt es sich jedenfalls nicht mehr um die TÃ¤tigkeit in auslagerten PraxisrÃ¤umen, sondern ggf um den Betrieb einer Zweigpraxis, die die Genehmigungsvoraussetzungen nach Â§Â 24 AbsÂ 3 Ãrzteâ ZV erfÃ¼llen muss *(vgl dazu BSG Urteil vom 16.12.2015 â Â* BÂ 6Â KA 37/14Â R*Â â SozR 4â 5520 Â§Â 24 NrÂ 12 RdNrÂ 17Â ff)*. Die TÃ¤tigkeit am Vertragsarztsitz muss zeitlich insgesamt Ã¼berwiegen.

Â

44

6.Â SchlieÃlich ist darauf hinzuweisen, dass die Leistungserbringung von

zytologischen Leistungen an die ErfÃ¼llung und Genehmigung besonderer Anforderungen ua an die rÃ¤umliche Ausstattung geknÃ¼pft ist, von denen die Anzeigepflicht nach Â§Â 24 AbsÂ 5 Ãrzteâ□□ZV unberÃ¼hrt bleibt *(vgl bereits BSG Urteil vom 13.5.2015 â□□Â* BÂ 6Â KA 23/14Â R*Â â□□ SozR 4â□□5520 Â§Â 32 NrÂ 5 RdNrÂ 25)*. Solche Anforderungen *(vgl dazu die Vereinbarung von QualitÃ¤tssicherungsmaÃ□nahmen zur zytologischen Untersuchung von Abstrichen der Cervix uteri vom 30.7.2014, hier idF vom 1.1.2020 â□□Â QualitÃ¤tssicherungsvereinbarung Zervix-Zytologie iVm* Â§Â 135 AbsÂ 2 SGB�â V *idF des GKVâ□□VStG vom 22.12.2011)* waren hier nicht Gegenstand der Feststellungsklage und stehen nach dem Vortrag der Beteiligten im Berufungsverfahren auch nicht im Streit.

Â

45

7.Â Die Kostenentscheidung bleibt dem LSG im Rahmen seiner erneuten Entscheidung im wiedererÃ¶ffneten Berufungsverfahren vorbehalten.

Â

Erstellt am: 04.08.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024